

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/241

Bonn, den 22. Dezember 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite: Zeilen:

1 - 2a Weihnachten 1964 78

"... auf daß alle, die an ihn glauben, nicht verloren werden"

Von Pfarrer Rudolf Kaffka, MdB

2a Deutsche Wirklichkeit 21

121 Tote an Mauer und Zonengrenze

3 - 4 Bundesbahn und Verkehrsinfrastruktur 94

Am Beispiel Niedersachsens ...

Von Klaus Rusticus, Hannover

5 - 6 Die kommunistische Welt im Jahre 1964 99

Versuch einer Bestandsaufnahme

Von Dr. Harry Schleicher, Belgrad

* *

*

Weihnachten 1964

"... auf daß alle, die an ihn glauben, nicht verloren werden"

Von Pfarrer Rudolf Kaffka, MdB

In wenigen Stunden werden die Kerzen auf den Bäumen wieder brennen, man wird wieder die Weihnachtslieder singen oder sie sich im Fernsehen oder Rundfunk anhören. Geschenke hat man bereits gepackt und die Glückwunschkarten werden auch schon geschrieben sein; abgesetzt geht man dem Weihnachtsabend entgegen. Dann will man die "gemässe Stimmung" haben, aber oft bleibt nur Langeweile, obgleich man sich freut, einige Tage arbeitsfrei zu haben. Jahr für Jahr fragt man sich dann, warum man da eigentlich noch mitmacht. Vielleicht ertappt man sich beim Heucheln: Obgleich man das alles nicht glaubt, was die Weihnachtsgeschichte berichtet, will man mal so fühlen und handeln, als ob man glaube. Das geht nicht lange so, dann schämt man sich der Sentimentalität und der Unwahrhaftigkeit.

* * *

In den Kirchen hingegen wird gepredigt: "Also hat Gott die Welt geliebt, daß er seinen eingeborenen Sohn gab, auf daß alle, die an ihn glauben, nicht verloren werden ...". Ein schönes, aber kaum verständliches Wort. Gott liebt die Welt. Wie kann er das, wir lieben sie doch nicht. Denn immer, wenn wir an die Welt denken, geraten wir in Widersprüche. Wir sehen die Welt, so wie wir sie gerne haben möchten und nicht so wie sie wirklich ist. Wir wünschen eine Welt ohne Hunger in Indien und Afrika, ohne Krieg an Kongo, ohne Angst vor Atombomben, ohne Mauern und Stacheldraht in Berlin. Wir können sie nicht lieben, im Gegenteil, wir neigen zum Haß gegen alle, von denen wir glauben, daß sie für Hunger, Krieg, Mauer und Stacheldraht verantwortlich seien. Und das sind immer "die Anderen", niemals wir selbst.

Aber Gott liebt die Welt, **d i e s e** Welt. Wir verstehen wohl nicht, was das heißt und können das auch nicht erfassen. Jedoch kommt uns vielleicht beim Hören dieses Satzes in den Sinn, daß es nicht richtig sein kann, immer "die Anderen" verantwortlich zu machen dafür, daß es in der Welt so ist, wie wir es eigentlich nicht wollen. Gott liebt die Menschen; ob sie nun schwarze oder weiße Hautfarbe haben, ob sie nun im Osten oder Westen wohnen, einerlei ob sie reich oder arm, zivilisiert oder primitiv sind, sie sollen nicht verloren gehen. Daß das alles kein blosser und frommer Wunsch bleibe, dafür gab er seinen Sohn.

* * *

Dieser Sohn, Jesus von Nazareth, ist nicht das zarte Krippenkind, wozu viele unserer Weihnachtslegenden ihn gemacht haben. Er begegnet uns als der Mensch Jesus, der das geliebt hat, was mit dem Wort "Gott liebt die Welt" gemeint ist. Er läuft nicht als ein harmloser Weltverbesserer durch die Welt, sondern setzt sein Leben für das ein, was er predigt und wird hingerichtet wie ein Verbrecher am Kreuz auf Golgatha.

Gerade daran aber erkennen wir, daß es nicht darum geht, in irgend einem Jenseits einen Platz gesichert zu bekommen, wenn uns *h i e r* zugerufen wird, wir sollten nicht verlorengehen. Es ist vielleicht die Schuld vieler Christen, vergessen zu haben, daß Gott die Welt liebt. Gott will, daß die Menschen *h i e r* und *j e t z t* nicht verlorengehen, Gott will nicht, daß die Menschen verhungern, gefoltert und erschossen werden; Gott will nicht, daß Menschen durch den Haß voneinander getrennt werden.

* * *

Das ist wohl der Kern der Weihnachtsbotschaft, die sich leider allzu oft in einer so harmlosen und verkitschter Schale darbietet.

"... auf daß alle, die an ihn glauben, nicht verloren werden." Glauben heißt nicht, irgendwelche Legenden für wahr zu halten, sondern glauben heißt erkennen, daß Gott die Welt liebt und den Menschen bewahren will. Darum wird Glauben für uns alle zu einer Aufgabe. Wir sollten das in den Stimmungen, die uns bewegen, zum Weihnachtsfest nicht vergessen. Erkennen wir nämlich diese Aufgabe, dann ist für die Langeweile, die sich oft beim Feiern und besonders Weihnachten mit einschleicht, kein Platz mehr. Im Gegenteil: Blicken wir uns um in der Welt, in der wir leben, dann werden wir immer zu der Aufgabe gezwungen werden.

Daß es in der Welt so aussieht, ist *m e n s c h l i c h e s* Verschulden, ist die Folge schlechter Politik. Daß so viele Menschen hungern und leiden müssen, wird nicht verursacht durch ein böses Schicksal, sondern durch das Versagen von *M e n s c h e n*. Daß unser Volk gespalten, sichtbar durch eine Mauer, in zwei Teile getrennt ist, geschah nicht durch einen bösen Zufall, sondern erwuchs aus böser Politik.

* * *

Wenn wir darum in unserer Welt die Aufgabe wahrnehmen wollen, so wie es der Christenglaube uns aufträgt, dann kann sich das nicht darin erschöpfen, daß wir die christlichen Tugenden der Nächstenliebe, der Friedfertigkeit und Versöhnlichkeit entzählen. Wir müssen uns unablässig

sich darum bemühen, Wege der guten Politik zu finden. Denn Leiden, die über den Menschen gekommen sind durch schlechte Politik, können nur durch bessere Politik beseitigt werden.

Es wäre hinterwäldlerisch zu behaupten, daß der christliche Glaube und auch ein Fest wie Weihnachten nichts mit Politik zu tun hätten. Im Gegenteil, Gott hat die Welt geliebt und will, daß der Mensch lebe und nicht verloren gehe, und wir haben dafür einzutreten, daß dies verwirklicht werde.

+ + +

Deutsche Wirklichkeit

121 Tote an Mauer und Zonegrenze

sp - Die Bilanz ist schrecklich. Sie erschüttert. Dies geschah mitten im Herzen Europas: seit den Tagen der Errichtung der Mauer, seit dem 13. August 1961, dem schwärzesten Tag der deutschen Nachkriegsgeschichte, fielen 121 Menschen Ulbrichts Schießbefehl zum Opfer. An der Mauer in Berlin und entlang der Zonegrenze, sie wollten nach dem Westen fliehen, vielleicht zu ihren, auf sie harrenden Angehörigen, vielleicht auch, um ein neues Leben im freien Teil Deutschlands zu beginnen. Die Mörderkugel aus dem Hinterhalt begrub alle Hoffnungen, sie traf unterschiedslos Jugendliche und erwachsene Männer und Frauen. Die Mörder kannten keine Gnade, sie befolgten den Befehl. Deutsche schossen auf Deutsche und töteten Deutsche.

Doch nicht alle Wächter des Ulbricht-Staates verschlossen sich dem Ruf des Gewissens. Wie viele von den 19 703 Menschen, die im gleichen Zeitraum unter Lebensgefahr aus der Sowjetzone westdeutschen Boden erreichten, über Stacheldraht und Minenfelder und durch Tunnels hinweg mögen ihre glückliche Flucht einsichtiger Volkspolizisten verdanken. Sie schauten über sie hinweg oder schossen, da sie schießen mußten, in die Luft, sie sahen den Flüchtling, nicht den Staatsfeind; sie sahen in ihm den bedrängten Mitmenschen. Auch das gehört zur deutschen Wirklichkeit des zu Ende gehenden Jahres 1964. Ulbricht versucht seit anderthalb Jahrzehnten, den Zusammenhang der deutschen Nation zu zerreißen, sie zueinander in feindliche Teile zu zerspalten. Er schwimmt, auf lange Sicht gesehen, gegen den Strom.

+ + +

Bundesbahn und Verkehrsinfrastruktur

Am Beispiel Niedersachsens ...

Von Klaus Rusticus, Hannover

Dem Ersten Präsidenten der Deutschen Bundesbahn, Prof. Dr. Geste-ring, flatterte dieser Tage ein Telegramm des Niedersächsischen Mini-sters für Wirtschaft und Verkehr, Dipl.-Ing. Carlo Graaff (DDP) auf den Tisch. Von Weihnachts- oder Neujahrsgrüßen war darin nichts zu le-sen. Ganz im Gegenteil. Im Namen der Niedersächsischen Landesregierung (SPD-DDP-Koalition) gab der Verkehrsminister seinem Befremden darüber Ausdruck, daß

- * die von der Bundesbahn im Zonenrandgebiet beabsichtigten
- * Einschränkungsaabsichten erst durch Presseveröffentlichungen
- * bekanntgeworden sind,
- * die Bevölkerung in den betroffenen Gebieten höchst verunruhigt
- * ist, weil allein im Zonenrandgebiet etwa 40 vH (12 von 31)
- * der von einer Stilllegung bedrohten Strecken liegen.

In der Tat kommt solche - retadierende - Planung der Bundesbahn einer gewissen "Kau-ruck-Politik" gleich. Denn wenn man die jeweiligen Ressortministerien der Bundesländer einfach im Unwissenden läßt und sie dann von vollzogenen Stilllegungen überraschen könnte, müßte man sich fraglos vorher nicht mit gekarnischten Protesten beschäftigen. Solche Absichten werden aber schnell durchkreuzt, wie jetzt das nie-dersächsische Beispiel beweist.

Wer in einem Bundesland, das nicht nur wirtschafts- und sozial-politische Folgekosten des "Eisernen Vorhangs", sondern auch allgemein-politische mitzuschleppen hat, lebt, kennt die Empfindlichkeit der Men-schen am unmittelbaren Rand des verminteten Grenzraumes. Die Einsicht dämmert dabei auch sehr schnell, daß man tunlichst alles unterlassen sollte, was die - ohnehin an verschiedenen Stellen schon sehr prekäre sozio-logische - Entwicklung als Folge der aus den verschiedenen Berei-chen ausstrahlenden Symptome noch verschärfen könnte.

Was soll im Zonenrandgebiet geschehen ?

- * Einschränkungen im vorgesehenen Umfang sind derzeit, vor al-
- * lem im Zonenrandgebiet weder sachlich ausreichend gerecht-
- * fertigt, noch politisch vertretbar!" - das ist die Haltung des
- * Niedersächsischen Verkehrsministers. Nach aussen hin könnte
- * er sich in voller Übereinstimmung mit dem Bundesverkehrsmini-
- * stor befinden. Denn seine Erklärungen, er werde in grenz- und
- * zonenahen Gebieten Stilllegungen der Bundesbahn nicht genehmi-
- * gen, erfahren die Zustimmung des Bundeskabinetts am 16. 12. 64.
- * Nur sollte man das zunächst noch nicht als bare Münze hinneh-
- * men, zumal die Bundesbahn ihre Stilllegungsabsichten auch für
- * das Zonenrandgebiet zu einem Zeitpunkt bekanntgab, als noch
- * gar nicht feststehen konnte, ob und inwieweit ihre Pläne reali-
- * siert werden.
- * Zeitungsredaktionen im südöstlichen Niedersachsen ging am
- * 17. 12. 64 (also einen Tag nach der Erklärung des Bundeskabi-
- * netts) eine Stellungnahme des Bundesbahnverkehrsants Braun-
- * schweig zu.
- * "Im Rahmen ihrer Verpflichtung zu einer wirtschaftlichen Be-
- * triebsführung ist es erforderlich, daß die Bundesbahn ihre
- * Verlustquellen beseitigt", so leitete das DE-Verkehrsamt eine
- * Mitteilung ein, mit der sie die Auflösung von Güterabfertigung-
- * en an einigen Kleinbahnhöfen zu rechtfertigen versucht.

- * In diesem Falle werden Stückgutabfertigungen an einer gerade
- * zehn Jahre alten Bundesbahnstrecke (von Braunschweig über
- * Salzgitter-Lebenstedt nach Darneburg) eingestellt. Es war über-
- * haupt die erste Neubaustrecke der Bundesbahn nach Jahrzehnten.

So kann man keine Verkehrsinfrastruktur gewährleisten

Diese Strecke erschloß nur bedingt den nördlichen Teil des hoch-industrialisierten Salzgittergebiets. Denn sie ist notfalls ein wenig mehr als eine neue Nebenstrecke, die weder an das inzwischen ausgebaute Nord-Süd-Gefälle noch überhaupt an eine Schnellzugverbindung der DB angeschlossen ist. Wollen Reisende aus dem nördlichen Salzgitter über Hannover gegen Norden oder Westen fahren, müssen sie zweimal umsteigen. Das Nichtvorhandensein des Gleisunterbaues und einer geeigneten Streckenführung für Fern- bzw. Schnellzüge begründet die DB hier mit dem geringen Aufkommen. Doch welche Berechnungen legte die DB wohl hier zugrunde, da sie auf dieser Strecke mitten durch ein hochindustrialisiertes Gebiet noch niemals schnelle Züge fahren ließ?

Auf der anderen Seite opponierte aber gerade die Bundesbahn gegen den Bau des Nord-Süd-Kanals, der - nach gut 10-jährigem Ringen - vom nächsten Jahr ab gebaut wird und besonders für das südöstliche Niedersachsen eine wesentliche Vervollständigung der Verkehrsstruktur sein wird.

So wird Verkehrspolitik zu einem echten Politikum

Salzgitter, der Nord-Süd-Kanal und die nunmehr von den Stilllegungsabsichten bedrohten Strecken im Zonenrandgebiet sind zunächst nur Beispiele. Man sollte auch dabei sachlich bleiben und der Bundesbahn nicht generell unterstellen, sie verfolge nicht wirtschaftliche Verbesserungen im eigenen Sinne.

Indessen aber bleibt jene Demarkationslinie, die Deutschland teilt, eine widernatürliche Grenze. Sie wurde uns aufgezwungen und sie fordert Opfer. Und hier beginnt auch für die Bundesbahn die Problematik. Rigorose Stilllegungen im Zonenrandgebiet machen die Verkehrspolitik zu einem höchst gefährlichen Politikum.

Die DB kommt - für das Zonenrandgebiet - selbstverständlich auch von diesem Politikum um nicht frei, wenn sie solche Stilllegungsabsichten unter einem positiven Aspekt (aus eigener Sicht) betrachtet. Insofern nämlich, daß sie der Bundesregierung klar begründet, warum sie eigentlich - im Rahmen der von der DB zu respektierenden - Rationalisierungsgebieten Strecken, Bahnhöfe und Güterabfertigungen im Schatten des "Eisernen Vorhangs" stilllegen müßte.

Ganz abweichend davon sollten diese mahnenden Worte zur inneren Sanktion bei all jenen Institutionen führen, die es angeht: der Schienenweg ist nur ein Teil der Verkehrsinfrastruktur. Aus dieser Sicht ist und bleibt die Deutsche Bundesbahn nur ein Detail der Verkehrspolitik. Es scheint so, als fehlte es in Bonn mitunter an einer "dirigierenden Hand", die auch des öfteren bereit wäre, den "Finger in die Wunde zu legen" und der Bundesbahn zu sagen, daß dieses und jenes von ihr geplante nicht im Sinne einer guten Verkehrspolitik des Bundes liegt. Nur bedarf es dann auch in Bonn entsprechend klarer Erkenntnisse.

Die kommunistische Welt im Jahre 1964

Versuch einer Bestandsaufnahme

Von Dr. Harry Schleicher, Belgrad

Zieht man das Fazit des politischen Geschehens innerhalb der kommunistischen Welt in dem sich dem Ende zuneigenden Jahr 1964, so sind Beginn und Ausgang von der wichtigsten Klammer des sowjetisch-chinesischen Konfliktes zusammengehalten. Nichts hat die bereits früher innerhalb des Weltkommunismus einsetzende Polarisierung in pro-sowjetische und pro-chinesische Kräfte aufhalten können. Nicht einmal der überraschende Sturz Chruschtschows. Vorläufig haben die Nachfolger nur im Innern gewisse Korrekturen vorgenommen, so die von Chruschtschow verordnete organisatorische Zweiteilung der Partei in einen industriellen und landwirtschaftlichen Zweig wieder rückgängig gemacht. Im aussenpolitischen Bereich verfolgen sie hingegen, zumindest bis jetzt, den "Chruschtschowismus ohne Chruschtschow", und auch die von ihrem Vorgänger herbeigesehnte und dann doch nicht mehr erlebte Weltkompetenz der kommunistischen Parteien ist auf den Banner der Chruschtschowisten stehen geblieben.

Das ist um so überraschender als eben diese Forderung die polyzentrisch-autonoministische Tendenzen innerhalb des Ostblocks erheblich gefördert hat. Nur auf dem Hintergrund der sowjetisch-chinesischen Rivalität konnte sich das rumänische Unabhängigkeitsstreben bis in die Form konkreter Vermittlungsvorläufe zwischen den beiden kommunistischen Großmächten hineinsteigern. Nach innen noch immer recht starr bleibend, begann sich die rumänische Außenpolitik, geschickt den Streit der beiden Großen ausnützend, immer elastischer zu entwickeln, nachdem man auf dem Aprilplenum des Zentralkomitees die Grundlagen der eigenen Unabhängigkeit und Souveränität auch ideologisch kodifiziert hatte. Während man nach Osten hin gegenüber dem COMECON, der Wirtschaftsorganisation des Ostblocks, jede supranationale Integration energisch ablehnte, begann nach Westen der Flirt mit den USA und Frankreich.

"Gulagkommunismus"

Weniger auffällig segelte hingegen Ungarn seinen "liberalen Kurs" weiter, gleichzeitig eine schrittweise Verbesserung seiner Beziehungen mit dem Westen suchend. Kadere Parole, "wer nicht gegen uns ist, ist für uns", und der in Ungarn inspirierte Begriff des "Gulagkommunismus" verdeutlichen, mit welchen Mitteln die Kommunisten die ungarische Bevölkerung die sich im Volksaufstand von 1956 entladenen Penale der stalinistischen Vergangenheit zu vergessen machen suchen. Als erstes Land des Ostblocks brachte Ungarn das Kunststück fertig, einen Teil seiner offenen Probleme mit dem Vatikan zu regeln. Und harpte der greise Kardinal Mindszenty nicht noch immer im Asyl der amerikanischen Gesandtschaft aus, wäre es möglicherweise sogar zu einem Konkordat gekommen. In jedem Falle wären jedoch die auch trotz der Mindszenty-Belastung in Fluß geratenen amerikanisch-ungarischen Beziehungen ein größeres Stück vorangekommen.

Über diese Entwicklung hat das einst an vorderster Stelle unter der "liberalen" kommunistischen Ländern rangierende Polen viel von seinem internationalen Ansehen verloren. Geplagt von enormen wirtschaftlichen Problemen, die in der bevorstehenden Beschaffung von rund 1,5 Millionen neuer Arbeitsplätze in den nächsten fünf Jahren gipfeln, hat sich das innerpolitische Klima dieses Landes unerfreulich verschärft. Die Partei und Regierung reagierten auf den Protest der 64 Intellektuellen, die sich über mangelnde geistige Freiheit beschwerten, nach einem gewissen

Aewarten schließlich doch mit harten Methoden. Die Verurteilung des 72-jährigen polnisch-amerikanischen Schriftstellers Warkowicz war ein böses Omen, das durch den politischen Aufstieg der als hart geltenden "Partisanenführer" Strzelecki (Politbüro) und Moczar (Innenminister) noch zusätzlich wenig Gutes in Aussicht stellt.

Novotny und Ulbricht

In der Tschechoslowakei und DDR waren die Positionen der - neben dem Rumänen Gheorghiu-Dej - noch letzter an Schalthebel der Macht sitzenden Partei- und Staatsführer aus der stalinistischen Zeit, Novotny und Ulbricht, nur bis zu einem geringen Ausmaße in Frage gestellt. Aus der Slowakei wehte nach Prag ein auch kulturelles Tauwetter verursachender warmer Wind, der von einigen "zornigen jungen Männern" aus Bratislava entfacht worden war. Stark genug, um den starken Mann im Erdschein aus seinem Sessel zu wehen, war er jedoch nicht. Novotny versuchte inzwischen, ebenso wie Ulbricht, durch eine unter gewissen "liberalen" Vorzeichen stehende Reform des Wirtschaftssystem wenigstens bis zu einem gewissen Ausmaße jene Unzufriedenheit seiner Untertanen aufzufangen, die durch die ständigen Mängel des starren planwirtschaftlichen Systems verursacht worden war.

So gut wie gar nichts veränderte sich dagegen in dem südöstlichsten Eckpfeiler des europäischen Ostblocks: Bulgarien. Nur sehr vorsichtige wirtschaftspolitische Neuakzentuierungen verbieten von der Möglichkeit einer baldigen Veränderung des innenpolitisch-ideologischen Status quo auch nur zu sprechen. Nur außenpolitisch konnte Sofia einen großen Erfolg für sich buchen: nach langjährigen vergeblichen Versuchen gelang ihm endlich die Formalisierung seiner Beziehungen zu Griechenland.

Völlig unverändert blieb auch die Situation in Albanien, dem einzigen chinesischen Vorposten in Europa, der durch den Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Tschu Er-lai zu Beginn des Jahres zwar sichtbar aufgewertet worden war, andererseits jedoch aus seiner politischen Isolierung nicht herausbrechen konnte.

Sonderrolle Jugoslawiens

Jugoslawien festigte hingegen seine Sonderrolle auf der zweiten Kairoer Konferenz der Blockfreien, mögen ihm dabei auch unangenehme Widersacher im prochinesischen Gewande in seinen einstigen Bundesgenossen entstanden sein. Andererseits hat Tito das Kunststück fertiggebracht, ohne große ideologisch-innenpolitische Konzessionen, wie der an längst beendete Kongreß der jugoslawischen Kommunisten bewies, der auf der ganzen Linie eine Stärkung des Titoismus bedeutete, seine Beziehungen zum moskautreuen Ostblock fast vollkommen zu normalisieren. Die ihm dafür gewährte Mitarbeit im COMECON, der Wirtschaftsorganisation des Ostblocks, war in diesem Zusammenhang der sicherlich bedeutendste Ausdruck des Erfolges dieser Politik.

Chruschtschows Sturz schien einen Augenblick vielleicht nicht nur Belgrads Verhältnis zu Moskau, sondern darüber hinaus einmal mehr die Anerkennung des von Tito kreierten Prinzips "des eigenen Weges zum Sozialismus" in Frage zu stellen. Aber bereits um die Jahreswende haben sich diese drohenden Wolken weitgehend wieder verflüchtigt und alles spricht dafür, daß das kommende Jahr 1965 auch weiterhin im Zeichen der fortschreitenden Polarisierung und Verinselung innerhalb der kommunistischen Welt stehen wird.